

Gerechtes Zusammenleben in Hamburg? Ein Armutszeugnis für die rot-grüne Sozialpolitik



Der rot-grüne Senat hat die sozialräumliche Entwicklung in der Hansestadt betrachten und beurteilen lassen. Das Selbstlob folgte auf dem Fuß: Begeisterung über die sehr stabile Entwicklung. »Nach wie vor sind keine zunehmenden Polarisierungstendenzen erkennbar. Unser Ziel bleibt, überall in der Stadt die Lebensbedingungen zu verbessern.

Gleichwohl gibt es Daten zur sozialen Lage in bestimmten Teilen der Stadt, die unsere unbedingte Aufmerksamkeit brauchen. Wir fördern die Stadtteile, die vor großen Herausforderungen stehen und die unsere besondere Unterstützung brauchen mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung. Dies ist wichtig, um ein gerechtes Zusammenleben in unserer Stadt zu fördern.«

Im Sozialmonitoring-Bericht 2018 werden erneut Quartiere verglichen. Insgesamt 848 stadtteilähnliche »Sozialräume« mit mindestens 300 Einwohner*innen werden unter dem Blickwinkel von sozialen Faktoren wie Wohlstand, Bildung, Beschäftigungsgrad, Anteile der Empfänger*innen sozialer Leistungen und Anteil der Alleinerziehenden untersucht. Ziel ist es, soziale Brennpunkte auszumachen und potenziell unterstützungsbedürftige Quartiere zu identifizieren.

Unterschieden wird dabei auf Basis der Sozialindikatoren zwischen Gebieten mit hohem, mittlerem niedrigem und sehr niedrigem Status. Danach wiesen 542 Statistische Gebiete und damit knapp zwei Drittel aller Statistischen Gebiete in Hamburg einen mittleren Status auf (64%). 151 Statistischen Gebieten hatten einen hohen Status dar (18%). Demgegenüber weisen jeweils rund 18% aller Statistischen Gebiete einen niedrigen oder sehr niedrigen Status auf. In diesen städtischen Quartieren leben besonders viele Arbeitslose, Sozialleistungsempfänger*innen und Menschen mit Migrationshintergrund. In diesen Gebieten lebten im Jahr 2017 laut Sozialmonitoring-Bericht insgesamt 371.700 Personen und somit rund 20% der Einwohner*innen.⁽¹⁾

Da sich im Vergleich zum Vorjahr beim Status der städtischen Gebiete nur geringfügige Veränderungen zeigen, lautet die frohe Botschaft der Senatorin Dorothee Stapelfeld: »Auch für 2018 zeigen die Ergebnisse des Sozialmonitorings eine sehr stabile sozialräumliche Entwicklung in unserer Stadt. Nach wie vor sind keine zunehmenden Polarisierungstendenzen erkennbar.

Statistische Daten zu den Stadtteilen Hamburgs, © Statistikamt Nord

Stadtgebiet	Bevölkerung und Haushalte 31.12.2017						
	Bevölkerung	Bevölkerung mit Migrationshintergrund in %	Unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund in %	Arbeitslosen in % (Dez 2017)	Leistungs-emphänger*innen nach SGB II in % (Dez 2017)	Unter 15-Jährige in Mindestlohnung in % (Dez 2017)	Gesamtbeitrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen in EUR (2013)
Hamburg-Mitte	302.667	49,8	71,5	6,9	16,3	34,4	26.041
Hamm	38.716	35,6	62,9	5,2	10,2	25,2	25.745
Horn	38.569	51,1	74,5	6,9	16,7	36,1	21.685
Billstedt	70.539	57,5	76,0	8,2	21,0	39,4	23.247
Wilhelmsburg	54.189	59,9	78,4	9,1	21,6	39,1	21.890
Altona	273.203	32,6	45,4	5,3	9,5	16,6	48.620
Lurup	36.257	47,7	66,2	7,4	16,8	32,3	26.665
Osdorf	26.422	40,3	57,3	6,4	14,2	26,9	43.177
Eimsbüttel	263.710	27,9	41,2	4,0	5,9	10,9	44.653
Eidelstedt	32.601	35,7	55,7	5,6	10,4	21,2	30.938
Stellingen	25.753	33,5	48,5	4,8	7,6	13,1	32.600
Hamburg-Nord	311.182	27,2	41,8	4,3	7,1	13,9	41.123
Dulsberg	17.442	42,9	71,6	8,5	17,3	40,6	21.239
Wandsbek	435.235	31,0	46,9	4,7	9,6	19,9	39.964
Jenfeld	26.238	57,0	76,8	7,9	22,4	42,2	23.975
Steilshoop	19.662	51,4	72,3	8,9	23,7	46,4	22.730
Bergedorf	129.111	38,0	54,0	4,7	11,4	23,0	33.147
Neuallermöhe	23.844	64,5	78,6	5,9	16,9	29,7	28.633
Harburg	165.889	45,3	64,5	5,8	13,3	26,9	30.004
Harburg	25.860	58,9	81,3	7,2	18,1	39,3	20.773
Wilshorf	17.437	44,4	68,4	6,0	13,9	29,7	25.518
Heimfeld	22.062	44,6	62,5	5,7	12,3	24,3	30.132
Hamburg	1.880.997	34,9	51,3	5,2	10,3	20,7	39.054

Wie immer, wenn es um die soziale Spaltung in der Stadt geht, demonstriert Rot-Grün die übliche Ignoranz. Man beruhigt sich damit, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist, und rechtfertigt damit das eigene Nichtstun. So als ob die verfestigte soziale Spaltung in der Stadt, der hohe Anteil von Hartz IV Empfänger*innen, von Kindern in der Mindestsicherung, von Alleinerziehenden unterhalb der Armutsgrenze, von Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen sich die sozialen Problemlagen bündeln, oder auch die steigende Zahl von armen Rentner*innen die städtische Gesellschaft nicht vor große Herausforderungen stellen,

die sich dann in bestimmten Quartieren bündeln.

Was sind die drückendsten Probleme in den benachteiligten Quartieren? Es gibt mehr Menschen mit Sprachproblemen, mehr Alleinerziehende. Die sozial-kulturellen Angebote sind bescheiden, gleichermaßen könnte die Verkehrsanbindung optimiert werden. Und: Immer mehr Mietpreisbindungen fallen weg. Die Sorge daher: Demnächst könnten sich viele Bürger*innen die Mieten vielleicht nicht mehr leisten. So heißt es in einem Bericht über den Osdorfer Born: »Schon jetzt merkt man in der Elternschule, dass andere Klientel kommt.« Demnächst könnten sich viele »Ur-Borner« die Mieten vielleicht nicht mehr leisten.

Zu Recht spricht daher die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heike Sudmann, von einer problematischen Tendenz der Verfestigung von Armut. »Es ist mir ein Rätsel, wie die Senatorin über ›nicht zunehmende Polarisierungstendenzen‹ frohlocken kann. Mehrere Hunderttausend Hamburger leben in Quartieren, die seit sieben Jahren unverändert und insofern leider sehr stabil sozial benachteiligt sind.« Zu bedenken ist, dass dieser Befund vor dem Hintergrund einer langjährigen sozio-ökonomischen Prosperität zu sehen ist.



Es ist Schönrederei, wenn Dorothee Stapelfeld die Verbesserung der Lebensbedingungen »überall in der Stadt« als Ziel des rot-grünen Senats ausgibt. Ja, es gibt etliche soziale Brennpunkte. Und ja, es gibt eine bedrückende Gleichgültigkeit und politische Passivität. Von einem gerechte Zusammenleben in unserer Stadt kann keine Rede sein. Denn nach wie vor führt die integrierte Stadtteilentwicklung im Handeln der politischen Akteure nur mehr ein kümmerliches Mauerblümchendasein. Die im Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehenen Mittel für RISE sind nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 287.13 Zentrale Programme WSB

IPR Nummer	Ist 2016 Tsd. EUR	Ist 2017 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR	Plan 2021 Tsd. EUR	Plan 2022 Tsd. EUR
Zentrales Programm RISE 992							
Erlöse			2.189	1.851	3.084	4.384	5.711
Kosten			11.116	10.235	11.914	13.623	15.396
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm RISE			-8.927	-8.384	-8.831	-9.239	-9.685
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm RISE			-/-	-8.384	-8.831	-9.239	-9.685

Quelle: Entwurf Doppelhaushalt 2019/2020, Einzelplan 6.1., S. 48

Die politische Haltung von Rot-Grün entlarvt sich letztlich als Almosenprinzip gegenüber den Armutserscheinungsformen in den Bezirken und Stadtteilen. Im Entwurf des Doppelhaushaltes heißt es: »Der Quartiersfonds wird im Einzelplan 9.2 – Allgemeine Finanzwirtschaft – in der PG 283.01 im Produkt ›Zentrale Bezirksmittel‹ veranschlagt und nicht in den bezirklichen Einzelplänen 1.2 -1.8. Diese Mittel werden unterjährig

per Sollübertragung in die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen und stehen für eine zweckentsprechende Verwendung zur Verfügung. Als Maßnahme der Stadtteilarbeit können bei ausreichender Mittellage Einrichtungen, Projekte und Initiativen gefördert werden, die für den sozialen Zusammenhalt und die Weiterentwicklung der Stadtteile von erheblicher Bedeutung sind; hierzu zählen z.B. Quartiers- und Stadtteilbeiräte, Stadtteilbüros, Bürgerhäuser, Community-Center und Stadtteilkulturzentren. Der Quartiersfonds Bezirke ist auf 7 Mio. Euro erhöht worden und wird bei Bedarf im Rahmen der Bewirtschaftung um weitere 3 Mio. Euro erhöht.«

Dabei hätte Rot-Grün die sowohl für den Nachtragshaushalt 2018 wie für den Doppelhaushalt 2019/2020 deutlich gesteigerten Ausgaben auch dafür nutzen können, spezifische Maßnahmen gegen die soziale Spaltung (von einer deutlichen Steigerung der RISE Mittel über eine Verstärkung des Baus von preiswerten Wohnungen, die Ausweitung der Mittel sozialen Arbeitsmarkt bis hin zur Einführung eines Sozialtickets) auf den Weg zu bringen. Allein dafür fehlt der politische Wille. Sowohl SPD wie Grüne diskutieren auf der Bundesebene gegenwärtig über ein neues Sozialstaatskonzept. Auf der Landesebene ist davon bisher nichts angekommen.

1) Der in einer sehr bürokratischen Sprache abgefasste Sozialmonitoring-Bericht hat nur einen begrenzten Gebrauchswert. Die Grafiken sind ziemlich unübersichtlich, und die dabei verarbeiteten Daten werden nicht öffentlich gemacht. So gehen in den Index z.B. Daten über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ein, die das Statistik-Amt Nord für die Stättelebene seit 2015 nicht mehr veröffentlicht. Gerade auf der Stättelebene wären diese allerdings sehr hilfreich, weil damit auch erkennbar würde, welcher Bedarf etwa an spezifischen Maßnahmen für Senior*innen hier heute und verstärkt noch in der Zukunft besteht.

Quelle: https://www.vorort-links.de/analysen_ansichten/detail/artikel/gerechtes-zusammenleben-in-hamburg-ein-armutszeugnis-fuer-die-rot-gruene-sozialpolitik/